

Schönburger Tageblatt

und

Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Bereins (D. V.) — Verlagort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten
Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle
in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Geschäftszeit
7-12, 2-5 Uhr. Filialen in Altstadt Waldenburg
bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn
Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei
Herrn Hermann Esche; in Wolkwitz bei Herrn
Eduard Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm
Dahler; in Siegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Maschinen-
bruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unfer Bleser
hat der Bezahler keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder
Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Herrn
Kästner aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis v. 1.-30.
Juni im voraus 150 G. Pfg. freibl., auschl. Frägerl.
Einzelne Nr. 10 Goldpf., Sonntags-Nr. 20 Goldpf.
Anzeigenpreise: 6gesp. Petizelle 0,10 Goldmark,
v. auferhalb des Bezirkes 0,15 Goldmark, 3gesp.
Reklamezeile 0,45 Goldmark, Hinweis auf Anzei-
gen und Eingekaufte 0,10 Goldmark, Nachweise-
und Offertengebühr 0,10 Goldmark, Rabatt nach
Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8
Postfachamt Amt Leipzig Nr. 4436. Bankkonto: Vereinsbank
zu Goldh. Filiale Waldenburg. Stadtkontoramt Waldenburg 16.
Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei verspäteter
Einzahlung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß inbeträgl.

Sugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niedermiera, Obermiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkwitz und Siegelheim.

Nr. 139

Dienstag, den 17. Juni 1924

46. Jahrgang.

Keine Milderung der französischen Außenpolitik.

Reichskanzler Marx setzt seine Hoffnung auf Herriot.
Der sozialdemokratische Parteitag wurde am Sonnabend
geschlossen. Er endete mit einem Sieg der Parteileitung.
Die Wimmerverträge sind gestern abgelaufen. Sie wur-
den bis 30. Juni verlängert.

Mit den Eisenbahnern ist eine Einigung zustande ge-
kommen.

Stresemann hielt gestern in Karlsruhe eine große poli-
tische Rede.

Die deutsche Regierung fordert Amnestie für die Ruhr-
verurteilten.

Frankreich verhärtet die Besatzungsstruppen.

Im Potsdamer Bahnhof in Berlin erfolgte am Sonn-
abend ein schwerer Zugzusammenstoß.

In Grenken soll die Mietzinssteuer erhöht werden.

In Budapest und Umgebung hat ein furchtbares Un-
wetter großen Schaden angerichtet.

Die Wahl Doumergues zum Präsidenten der französi-
schen Republik ist eine Niederlage des Linksblocks.

Anstelle des Kabinetts Marsal hat Herriot ein neues
Kabinett gebildet.

Das italienische Königspar ist nach Rom zurückgekehrt.
Der verschwundene italienische Abgeordnete Matteotti ist
als Leiche aufgefunden worden.

Neder Tirana wurde der Belagerungszustand verhängt.

Der russische Gesandte in Berlin Arkhinski tritt zurück.

Amerika sperrt seine Grenzen auch gegen die europäische
Einwanderung.

Waldenburg, 16. Juni 1924.

Der englische Ministerpräsident Macdonald hat
einen Lieblingsplan: Das, was er selbst nicht fertig
bringen kann oder wofür er nicht die Verantwortung
übernehmen will, dem Völkerbund zu überweisen. Er
will also damit ein Gegenstück zur Entscheidung des
Völkerbundes über Oberschlesien schaffen. Als Mac-
donald ans Ruder kam, ließ er durchblicken, daß er
Frankreich energisch zu einer Verständigung über die
deutschen Angelegenheiten veranlassen wolle. Bei die-
sem Vorschlag ist es aber geblieben, denn hinterher ist
zum Vorschein gekommen, daß auch der Führer der
englischen Arbeiter einen Bruch mit der französischen
Regierung scheut und eine Einigung herbeiführen will.
Am meisten liegt ihm am Herzen, die „Sicherheit“
Frankreichs gegen eine deutsche Bedrohung herzustellen.
In Wahrheit kann von dieser Gefährdung der
französischen Grenze durch Deutschland gar keine Rede
sein, aber in Paris wird dieses von Poincaré ge-
schaffene Phantasiegebilde beständig aufrecht erhalten,
und so will Macdonald darüber ins Reine kommen,
um seine Gegner in England selbst, die an seiner
Politik allerlei auszufehen haben, zu entwaffnen, und
dann die Reparationen weiter betreiben zu können.

Der Völkerbund soll Frankreich gegen Deutsch-
land sichern, das vorher in diese Korporation als Mit-
glied eintreten würde. Was müßte zur Erreichung
dieses Zieles geschehen? Im Friedensvertrage von
Versailles ist bereits vorgesehen, daß auf dem linken
Rheinufer keine deutschen militärischen Besatzungen und
Übungen stattfinden sollen, und damit ist in An-
betracht der geringen deutschen Wehrkraft alles ge-
sehen, was billigerweise von der deutschen Reichs-
regierung verlangt werden kann. Aber wahrscheinlich
wird dem Völkerbund nahegelegt werden, daß er eine
französische Truppenaufstellung gewährleisten soll, we-
il die deutschen Hoheitsrechte von neuem beeinträch-
tigt und daher für uns nicht annehmbar ist. Mög-
licherweise erstreden sich die zu erwartenden Vorschläge
noch in anderer Richtung, aber bescheiden und nachsich-
tig wird die Pariser Regierung in ihren Ansprüchen
genieß nicht sein. Daß der Völkerbund nach dem Wun-
sche Macdonalds noch etwas mehr tun und alle „Pro-
bleme der Abrüstung“ erörtern soll, kann nur ein
Mittel zur Erreichung dieses Zieles sein, denn ein solches
Problem wird es für Paris nicht geben, mag der dortige Minister-
präsident nun Poincaré oder Herriot heißen.

Die Milderung der französischen Okkupation des
Ruhrgebietes war früher schon von Poincaré in Vor-
schlag gebracht worden, aber der „starke Mann“ kam
letzt mit der Bemerkung hinterher, der Abmarsch seiner

Truppen sollte in demselben Maßstabe erfolgen, in
dem Deutschland seine Reparationszahlungen leisten
würde. Wie sich das abspielen könnte, war nicht vor-
auszusehen, und daß es bei einer englisch-französi-
schen Abmachung sich glatter vollziehen wird, ist wohl
erst recht nicht zu sagen. An eine vollständige Räumung
des Ruhrgebietes von vornherein denkt mithin auch
der britische Minister nicht, und wir können abwar-
ten, was sich aus allen schönen Worten, die wir zu
hören bekommen, später entwickeln wird. Auch die
Herstellung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Deutsch-
lands ist ein Satz, der mit einem großen Fragezeichen
versehen werden muß, denn die Bewirkung dieser
Ausficht ist allen möglichen Zwischenfällen unter-
worfen. Es wird nicht an allerlei Versuchen fehlen,
aus weiß schwarz zu machen.

Wir sehen, mit welchen Wahrscheinlichkeiten wir
zu rechnen haben, und wenn wir alle diese Möglichkeiten
vorrteilsfrei prüfen, dann können wir nur sagen,
daß es mit unserem Eintritt in den Völkerbund nicht
eilt. Niemand garantiert uns dafür, daß wir von der
Mitgliedschaft Nutzen haben werden, um so eher aber
kann Schaden eintreten. Die Staaten, welche dem
Bunde angehört haben, aber wieder ausgeschieden sind,
haben in keiner Weise verhalten lassen, daß sie durch
ihren Austritt etwas entbehren, und ebenso wenig
können wir sagen, daß uns durch unser Fernbleiben
eine Wohltat entgangen ist.

Wenn das deutsche Reich sofort bei der Errichtung
des Völkerbundes in Genf aufgenommen worden wäre,
so lägen die Dinge anders, denn die Gleichberechtigung
mit anderen Staaten wäre dann wenigstens scheinbar
gewahrt worden. Wenn wir aber mit unserem Ein-
tritt um mehrere Jahre nachhinken müssen, so kann
von Gleichberechtigung nicht die Rede sein. Es eilt
deshalb nicht, in dieses Loch, das sich bisher nur als das
Werkzeug Frankreichs erwiesen hat, hineinzukommen.
Denn wenn wir erst drin sind, nie kommen wir wie-
der heraus.

Die sozialdemokratische Heerschau.

Sieg der Parteileitung.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag ergab die
Abstimmung über die Frage der Koalitionspolitik die
Annahme des Antrages Hermann Müller. Für den
Antrag stimmten 266, dagegen 115 Delegierte. Der
Antrag hatte folgenden Wortlaut:

„Koalitionspolitik ist keine Frage des Prinzips, son-
dern der Taktik. Das Ziel-Parteien-System hat seit der
Revolution die Sozialdemokratie im Reich und in den
Ländern vielfach gezwungen, mit bürgerlichen Parteien an
der Regierung teilzunehmen. Maßgebend waren dafür er-
stens außen- und zweitens innenpolitische Gründe. Das
Interesse der Arbeiterklasse erfordert außenpolitisch die
Befriedigung Europas, innenpolitisch die Sicherung gegen
den Ansturm der Reaktion.“

Nur auf dem Boden der Republik kann seit dem
Verlust des Krieges eine für Deutschland erfolgreiche
Außenpolitik getrieben werden. Gleichzeitig ist die Re-
publik der gegebene Boden für den Kampf um das sozia-
listische Endziel.

Die Teilnahme an der Regierung muß die Durch-
setzung der Demokratie und die Erfüllung der bürger-
lichen Republik mit sozialem Inhalt zum Ziel haben.
Sie darf deshalb nur unter Abwägung aller Vor- und
Nachteile für die Interessen der Minderbemittelten er-
folgen, damit die Sicherheit gegeben ist, daß die Arbeiter-
klasse nicht einseitig Opfer zu bringen hat.“

Damit war der Antrag der Opposition abge-
lehnt, der sich gegen eine Koalition mit bürgerlichen
Parteien wendet.

Im Rahmen der weiteren Abstimmung wurde dann
der Antrag: „Die Reichstagsfraktion wird beauftragt,
bei der Haushaltsberatung den Reichswehr-Etat ab-
zulehnen“ in namentlicher Abstimmung mit großer
Mehrheit abgelehnt, wobei bemerkenswerterweise der
bisherige Reichstagspräsident Löbe für den Antrag
stimmte.

In der Sonnabendstimmung fand eine Aussprache
über wirtschaftspolitische Fragen statt; die durch ein
Referat Dr. Hilferdings eingeleitet wurde.

Matteotti ermordet.

Aus Furcht vor einem Korruptionsandal.

Die Entführung des italienischen Abgeordneten
Matteotti hat eine schreckliche Aufklärung gefunden.
Wie Messagero meldet, hat die Quästur nach den An-
gaben zweier Knaben, die sich in der Nähe des Wal-
des Vicco herumgetrieben hatten, den Leichnam des
Abgeordneten Matteotti aufgefunden, der hinter einem
Baum niedergelegt worden war. Der Leichnam wurde
in das Krankenhaus von St. Giacomo gebracht. Die
Leiche des entführten und ermordeten Abgeordneten
wies 22 Schußwunden auf, 5 oder 6 Stichwunden
und zahlreiche Quetschungen an verschiedenen Teilen
des Körpers. Ein Auge war fast vollkommen aus
der Höhle herausgetreten. Die Autopsie wurde sofort
vorgenommen, worauf der Leichnam des Abgeordneten
zum Veranoer Friedhof überführt wurde.

Die Täter verhaftet.

Als Hauptverursacher der Entführung Matteottis ist
der toscanische Faschist Dumini verhaftet worden, der
sich in politischen Kreisen der Hauptstadt rege be-
tätigte, aber unlängst aufgefordert worden war, das
Ministerium des Innern nicht mehr zu betreten.
Außerdem wurden ein gewisser Dazzola in Florenz
und ein gewisser Aldo Putato in Mailand als Mit-
täter festgenommen. Weitere Verhaftungen werden noch
folgen. Dumini hatte das Automobil, mit dem das
Verbrechen ausgeführt wurde, mit einer Empfehlungs-
karte des Direktors des faschistischen Corriere Italiano
und dessen Chauffeur unter dem Vorwand abgeholt,
es diene für das Ministerium des Innern. Der Di-
rektor der Zeitung Gibbelli wurde darauf laut Mondo
ebenfalls vor die Polizei geladen und vorläufig fest-
gehalten.

Ursache der Mordtat.

Als Ursache der Mordtat betrachten die Sozialis-
ten, wie die Tribuna berichtet, den Umstand, daß
Matteotti im Besitz von Dokumenten über schwere fi-
nanzielle Unterschleife einer politischen Persönlichkeit
war. Diese Dokumente wollte er während der Bud-
getdebatte vor die Kammer bringen. Seine Entfüh-
rung erfolgte, um einen Skandal zu verhindern. Auf
jeden Fall hatte er eine Rede über den Petroleum-
vertrag und über die Spielhöllen mit Dokumenten
gegen den Unterstaatssekretär des Innern Finzi vor-
bereitet.

In der Kammer, in der die Linke fast vollständig
fehlte, brandmarkten der Kammerpräsident und drei
Rechtsparteiler das schändliche Verbrechen. Mit dem
Ausbruch höchster Entrüstung schloß sich ihnen Mussol-
ini an und gab bekannt, daß sämtliche Attentäter
bereits ermittelt und zum Teil schon verhaftet seien.
Was die Anholde getan hätten, sei nicht ein Ver-
brechen am Sozialismus, sondern an der Nation und am
Faschismus. Falls ihn die Kammer ermächtigt,
werde er über die Täter die Todesstrafe verhängen.

Nach der Präsidentenwahl.

Kammer im Linksblock.

Wie es bei den Franzosen nicht anders möglich
ist, vollzog sich die Wahl Doumergues in höchst theatra-
lischen Formen. Kennzeichnend ist folgender Vorgang:
Nach der Wahl begab sich Painlevé als erster zu Dou-
mergue, um ihn zu beglückwünschen. Der Präsident
der Republik und der Kammerpräsident umarmten sich
unter dem Beifall der Deputierten.

Diese Mißszene ändert nichts an der Tatsache,
daß durch die Wahl Doumergues ein Keil in den
Linksblock getrieben worden ist, und daß die Ge-
fühle, die Painlevé und seine Freunde gegen Dou-
mergue hegen, nichts weniger als freundschaftlich sind.
Die Pariser Linkspresse muß denn auch in verästel-
ter Weise zugeben, daß die Wahl eine Niederlage des Link-
blocks bedeutet. Noch deutlicher kommt dies natürlich
in der Rechtspresse zum Ausdruck. Das „Echo de